

Vorsitzender *Mewis*: Das Wort hat Genosse Friedrich Ebert, Mitglied des Politbüros. Wir bitten, die Redezeit um einige Minuten zu verlängern. Ist der Parteitag einverstanden? - Es erfolgt kein Widerspruch. Es ist so beschlossen.

*Friedrich Ebert*: Genossinnen und Genossen! In seiner kritischen Beurteilung der Arbeit des Staatsapparates konnte der Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees eine im ganzen erfreuliche Entwicklung der Tätigkeit unserer Staats- und Wirtschaftsfunktionäre feststellen. Das ist - soweit das die staatlichen Organe der Bezirke und Kreise angeht - ein Ergebnis der auf Grund des Beschlusses der II. Parteikonferenz getroffenen Maßnahmen zur weiteren Demokratisierung des Aufbaus und der Arbeitsweise der Organe der Staatsmacht. Durch sie sollten — wie Walter Ulbricht auf der 2. Organisationskonferenz der Partei sagte:

„neue Beziehungen zwischen den Mitarbeitern des Staatsapparates und den schaffenden Menschen“  
hergestellt werden.

Wieweit das gelungen ist und was noch alles getan werden muß, um die Massen zur ständigen und entscheidenden Teilnahme an der Verwaltung des Staates zu gewinnen und die Volksvertretungen zur Leitung des gesamten kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Aufbaus ihres Bereiches zu befähigen, darüber hat Genosse Walter Ulbricht im Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees keinen Zweifel gelassen. Zu diesem Teil des Themas habe ich keine besonderen Bemerkungen.

Auf einen Umstand aber möchte ich auch vor dem höchsten Organ der Partei noch einmal und sehr nachdrücklich hingewiesen haben:

Die Absicht, die der Gesetzgeber mit der weiteren Demokratisierung des Aufbaus und der Arbeitsweise der Organe der Staatsmacht verfolgte, und der Geist, in dem er sie beschloß, würden viel schneller und wirksamer zur Geltung kommen, wenn ihnen nicht so häufig durch das Unverständnis auch unserer Genossen in den Ministerien unnötige Erschwernisse bereitet würden. Die Genossen müssen endlich begreifen, daß die Räte der Bezirke und Kreise die vollziehenden und verfügenden Organe der Volksvertretung - des höchsten Organes der Staatsmacht des betreffenden Gebietes - und nicht Abteilungen eines oder aller Ministerien sind. (Beifall.) Es würde dann auch das